

# »Freiheit heißt, die Angst verlieren«

Verweigerung, Widerstand und Opposition  
in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock



Christian Halbrock, »Freiheit heißt, die Angst verlieren«

**V&R** Academic

# Analysen und Dokumente

Band 40

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

Christian Halbrock

»Freiheit heißt, die Angst  
verlieren«

Verweigerung, Widerstand und Opposition in der  
DDR: Der Ostseebzirk Rostock

2., korrigierte Auflage

Vandenhoeck & Ruprecht

Umschlagabbildung:

Im September 1962 drangen zwei Jugendliche nachts in die Goethe-Schule in Gnoien ein, drapierten im Flur ein Skelett aus dem Biologie-Raum mit einem Bild des SED-Chefs Walter Ulbricht und schrieben mehrere systemkritische Losungen an. Mit ihrer Tat hofften sie, andere Menschen dazu bringen zu können, gleichfalls gegen die SED tätig zu werden. Die Aufnahme entstand als Tatort-Foto bei der Spurensicherung durch das MfS. Die beiden Jugendlichen wurden verhaftet und zu je sechzehn Monaten Haft verurteilt. Foto: BStU, MfS, BV Neubrandenburg, AU 1934/62, Bl. 73.

Mit 8 Tabellen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-35118-5

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: [www.v-r.de](http://www.v-r.de)

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Printed in Germany.

Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

Einleitung.....	11
I    Bezirk Rostock: Forschungsstand .....	18
II   Quellen.....	27
III  Widerstand: Kategorien und Motivsuche.....	31
1    Das Untersuchungsgebiet: der nördlichste DDR-Bezirk .....	39
1.1  Aufbaubezirk, Abriss, Verfall und Systemkonkurrenz.....	40
1.2  Das »Tor zur Welt« im Sperr- und Grenzgebiet: die Häfen in Rostock und Wismar und die Skandinavienfähren.....	46
1.3  Bilder im Kopf: Otto von Bismarcks verspätetes Mecklenburg und »im Norden – da war doch eh nichts los«.....	51
1.4  Gegenwind aus dem Norden der DDR.....	58
2    Vier Jahrzehnte DDR im Bezirk Rostock: ein kurzer Überblick.....	67
2.1  Die späten vierziger und die fünfziger Jahre .....	68
2.1.1  Ernst Lohmeyer, Arno Esch, Siegfried Witte, Willy Jesse und Walter Kolberg.....	70
2.1.2  SED-Kirchenkampf zwischen Boltenhagener Bucht und Stettiner Haff .....	78
2.1.3  Der 17. Juni 1953 an der Küste.....	88
2.1.4  Spionage, Diversion, Sabotage: Motive und Hintergründe .....	95
2.2  Die sechziger Jahre.....	110
2.2.1  Widerstand gegen die Kollektivierung in der Landwirtschaft und im Fischereigewerbe .....	112
2.2.2  Widerspruch und Widerstand nach dem Mauerbau .....	118
2.2.3  Das Jahr 1968. Volksbefragung und Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei .....	121
2.3  Die siebziger Jahre .....	127
2.3.1  Widerspruch, Aufbegehren und Widerstand gegen die Biermann-Ausbürgerung .....	129
2.4  Die achtziger Jahre.....	140

2.4.1	Widerstand und bezirksübergreifende Fahndung oder Unmut kennt keine Bezirksgrenzen .....	141
2.4.2	Kirchliches und unabhängiges Friedensengagement.....	147
2.4.3	Das Jahr 1989 im Bezirk Rostock: Aufbruch zu neuen Ufern.....	157
3	Formen des Widerspruchs und des Widerstands.....	161
3.1	Politisch abweichendes Verhalten.....	161
3.1.1	Absicht und Wirklichkeit .....	161
3.1.2	Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition .....	163
3.1.3	Schwierigkeiten der Begriffsbestimmung – Die »Dienstpflichtverletzung« – zwischen mitmenschlicher Kulanz, abweichendem Verhalten und Widerspruch .....	166
3.1.4	Nonkonformismus – Verweigerung.....	179
3.1.5	Protest: Von der Weigerung zum Widerspruch .....	192
3.1.6	Widerstand.....	201
3.1.7	Opposition .....	208
3.2	Opposition: fünf Gehversuche .....	212
3.2.1	Opposition in den fünfziger Jahren? Orientierungspunkte und Überlegungen .....	212
3.2.2	»Externe« Opposition .....	215
3.2.3	Gehversuch zwischen Widerstand und oppositionellem Aufbegehren .....	217
3.2.4	Oppositionell: mehr als nur reaktiv .....	219
3.2.5	Gruppenfindungsprozesse und Handlungsoptionen: der OV »Michael« der BV Rostock.....	222
3.3	Fördernde und hemmende Faktoren von Widerstand und Opposition.....	232
3.3.1	Die Juristische Hochschule des MfS zu den Gruppen unter dem »Dach der Kirche« und Opposition im Bezirk Rostock.....	232
3.3.2	»Schutzdach« der Kirche? Anmeldepflicht, Verbote und Ordnungsstrafen für nichtreligiöse Veranstaltungen im Pfarrhaus.....	236
3.3.3	Politische Gegnerschaft und Opposition unter dem »Dach der Kirche« .....	244

3.3.4	Widerspruch und Opposition auf Landpartie.....	254
3.3.5	»Legalistisch« oder »gesetzeswidrig«? Widerspruch und Opposition in Verboten-Land .....	257
	Exkurs: Friedensarbeit im Jakobitreff in Stralsund – Motive, inhaltliche Bezüge, Systemkritik .....	262
3.3.6	Strukturen, Netzwerke und Solidarität .....	271
3.3.7	Ringens um Öffentlichkeit.....	274
3.3.8	Unter dem »Dach der Kirche« und zugleich zwischen Widerstand und Opposition – das Ökumenische Zentrum Umwelt in Wismar.....	280
3.3.9	Aufbruch hin zu einer oppositionellen Szene in Wismar: Aktionen und Reaktionen .....	288
3.4	Die Ausreiseantragsteller .....	291
3.4.1	Diskussion um die Ausreiseantragsteller .....	291
3.4.2	Gemeinsamer Protest und Solidarität mit Ausreiseantragstellern .....	299
3.4.3	Aktionen von Ausreiseantragstellern .....	303
3.4.4	Ausreiseantragstellerguppen.....	311
3.5	Fazit – eine erste Zwischenbetrachtung.....	321
4	Alltag – Interaktion, Motive, Herkunft, biografische Verläufe im Zusammenhang mit Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition .....	327
4.1	Alltag .....	327
4.1.1	Interaktion und Prozesshaftigkeit im Alltag.....	332
4.1.2	Die alltägliche Meckerei. Mehr als nur ein Volkssport im Alltag? .....	337
4.1.3	Besetzter Wohnraum: von der Nonkonformität über die Subkultur zum Widerstand im Alltag .....	349
4.1.4	Motivsuche: »We can be heroes just for one day [...] We could be heroes just for one day«.....	362
4.1.5	Herkunft: »Elternhaus und Schule«? .....	368
4.1.6	Wechselhafter Widerspruch oder Diskontinuität und Kontinuität? .....	377
4.2	Solidarität vs. Entsolidarisierung: Ursachen und Folgen.....	381
4.2.1	Die Angst vor der Courage der Anderen.....	381

4.2.2	Gerüchte, Unsicherheit, Stress und Missgunst – das subtile Wirken der Staatssicherheit und die paralyisierende Kraft von Überwachung und MfS-Mythos .....	393
4.2.3	Das Engagement Einzelner und Indifferenz auf Kosten der Solidarität .....	396
4.2.4	Solidarität in einer sich entsolidarisierenden Gesellschaft .....	403
4.2.5	Wege der Solidarität: von der individuellen Verweigerung zur kollektiven Unterstützung bis zum offenen Aufbegehren .....	408
4.2.6	Solidarität aus der Gemeinschaft heraus: Die Zeugen Jehovas und der Fall Leopoldshagen .....	421
4.3	Fazit – eine zweite Zwischenbetrachtung .....	425
5	Kontinuität und Wandel: Dauerthemen der Nonkonformität, der Verweigerung, des Protestes und des Widerstandes.....	429
5.1	Streiken (ver)lernen(?) Der 17. Juni 1953 und sein langer Schatten .....	433
5.2	Dauerthema Selbstbehauptung: Sozialismus bedeutet Umgestaltung plus Belästigungen im ganzen Lande .....	442
5.3	Widerspruch gegen die Kirchenpolitik der SED.....	445
5.4	Dauerthema Flucht als Widerstand? Kein Recht auf Reisefreiheit und Flucht über die Häfen.....	458
5.5	Widerstand zwischen Kontinuität und Wandel – Fahnenabrisse und die »Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole« .....	468
5.6	Exkurs – Bilder und Überlieferungen vom Widerstand: »jung« und »männlich«? .....	484
5.6.1	Jugendlicher Übermut, Randalie und Rebellion: Phantasiegestalten in der MfS-Überlieferung zum Widerstand.....	486
5.6.2	Rollenbild und Aktenüberlieferung: unterschätzte Frauenpower .....	494
5.6.3	Nachwachsende Unruhestoffe .....	501
	Schlussbetrachtung.....	507

Anhang.....	513
Abkürzungen .....	513
Auswahlbibliografie .....	514
I    Erinnerungsberichte .....	514
II   Literatur zu Widerspruch, Widerstand und Opposition – allgemein .....	515
III  Literatur zu Widerspruch, Widerstand und Opposition im Bezirk Rostock .....	518
IV  Nachschlagewerke .....	524
Personenregister.....	525
Ortsregister .....	533
Angaben zum Autor.....	539

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: »Schwerpunktpersonen«, 1978, für die DDR-Bezirke und Berlin (Ost) .....	58
Tabelle 2: Aufstellung der »Basisgruppen« der politischen Untergrundtätigkeit 1989.....	61
Tabelle 3: Wohnorte der »Exponenten« der PUT 1989 laut MfS .....	63
Tabelle 4: Zahl der gemeldeten mündlichen Proteste nach der Biermann-Ausbürgerung in den einzelnen DDR-Bezirken und in Ost-Berlin .....	137
Tabelle 5: Widerstandshandlungen 1973–1979. ....	474
Tabelle 6: Angaben zu den Urhebern (= [mindestens] 278 Personen) laut Delikte- und Kerblochkarteien 1973–1979.....	474
Tabelle 7: Ausgang der Ermittlungsverfahren u. Ä., soweit bekannt geworden bzw. feststellbar.....	476
Tabelle 8: Anzahl Beschädigungen nach Alter und Geschlecht der Betreffenden (sofern Angaben vorhanden).....	478

Christian Halbrock, »Freiheit heißt, die Angst verlieren«

## Einleitung

Bereits das »Aufbaugesetz« vom 6. September 1950 verwies auf die Bedeutung, die den Küstenhäfen beim forcierten Ausbau der Industrie zukam. Unter den beim »planmäßigen Aufbau« zu bevorzugenden Städten, den »wichtigsten Industriezentren der Republik«, wurden gleich zwei Orte im Norden genannt.<sup>1</sup> Paragraph 2 nannte neben den traditionellen Industriezentren – Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz, Nordhausen und Dessau – auch die Städte Wismar und Rostock. Ihre Häfen konnten noch als weitgehend unbedeutend gelten. Nur schwach entwickelt war zudem die Werftindustrie; mit den Heinkel-Flugzeugwerken (und dem Arado-Flugzeugwerk in Warnemünde) verfügte lediglich Rostock über einen industriellen Schwerpunkt.<sup>2</sup>

Das Aufbaugesetz zeitigte bald konkrete Folgen: Westlich von Wismar entstanden im Neubaugebiet Wendorf ab 1950 Wohnungen für etwa 18 000 Menschen. Hier sollten die Arbeiter leben, die im Hafen und auf der Mathias-Thesen-Werft benötigt wurden. Rund um ein Hochhaus im Stile der Berliner Stinallee baute man eine Stadt, die, wie sich ein Zeitzeuge erinnerte, »ganz von sozialistischer Kultur geprägt sein« sollte.<sup>3</sup> Im ersten Bebauungsplan war noch eine Fläche für eine Kirche mit Pfarrhaus ausgewiesen worden. Doch rückte man schnell hiervon ab. Bald stand fest, dass Wendorf ähnlich wie Eisenhüttenstadt ohne eine Kirche entstehen sollte. Nach längeren Vorgesprächen erklärte Wismars Oberbürgermeister Herbert Fiegert den kirchlichen Vertretern am 15. Oktober 1957, dass sie sich die Baupläne »für alle Zeiten [...] aus dem Sinn schlagen« könnten. Wie in Eisenhüttenstadt, wo der findigen Gemeinde seit 1951 ein ausgemusterter Zirkuswagen als Kirche diente, sann man auch in Wismar nach einer Alternative. Ein solcher Wagen zeugte vom Beharrungsvermögen einiger weniger Christen in dem sozialistischen

1 Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, (Aufbaugesetz). Vom 6. September 1950. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, den 14. September 1950, Nr. 104, S. 965–967, hier 966.

2 Albrecht, Martin: Heinkels Sprengniete gingen um die Welt. In: Zr. 11 (2007) 1, S. 40–44; Wittig, Peer: Das Aradowerk in Anklam. In: Zr. 3 (1999) 1, S. 46–48; Fordan, Paul: Meine Zeit bei den Heinkel-Flugzeugwerken. In: Zr. 7 (2003) 2, S. 77–87.

3 Dürr, Martin: Aus der Geschichte der Kirchengemeinde Wismar-Wendorf. Vom Kirchwagen zum Haus der Begegnung. In: Mecklenburgia Sacra, Bd. 9 (2006), S. 108–143.

Aufbaugebiet.<sup>4</sup> 1958 griff die kleine, sich im Aufbau befindende Gemeinde um Pfarrer Martin Dürr zur Selbsthilfe. Es gelang ihr, den Besitzer des »einzigsten Privatgrundstücks [...] im Bereich dieses Stadtteils« für ihre Pläne zu gewinnen. Gegen eine Miete stellte er einen Teil seines Hofes zur Verfügung. Er diente der Gemeinde fortan als Abstellplatz, wie es juristisch korrekt heißen musste, da ein Aufstellplatz unter die Genehmigungspflicht fiel. Die Gemeinde erwarb schließlich den Wohnwagen eines pensionierten Dompteurs und hielt am Abend des 9. September 1958 in ihm ihre erste Andacht ab.<sup>5</sup> Allein die Existenz des Kirchenwagens, so Pfarrer Martin Dürr, musste den Funktionären als Provokation erscheinen.<sup>6</sup>

Vom Ansatz her geht es in dieser Arbeit nicht um einzelne spektakuläre Widerstandstaten. Von Interesse ist eher das, was sich als »Kultur des Widerstehens« umschreiben lässt: Menschen, die im Alltag durch ihr Auftreten unterstrichen, dass sie sich nicht mit dem SED-Staat identifizierten und dass für sie andere als die in der DDR vorgegebenen Werte galten. Die alltägliche Verweigerung und der alltägliche Widerspruch waren Teil der Kultur des Widerstehens, auch wenn sich manches, was die Menschen vor Ort bewegte, nicht in den Stasi-Akten wiederfinden lässt. Hierzu zählten auch das Beharren und die Verweigerung von Menschen, die andere hierdurch ermutigten oder ihnen gar als Vorbild dienten. Ziel ist es, das Spektrum politisch abweichenden Verhaltens in seiner Breite zu erfassen.

In den vier Jahrzehnten der DDR stellten sich Menschen in verschiedenster Form gegen den SED-Staat. Dabei ist zunächst davon auszugehen, dass sich – bezogen auf die entsprechenden Jahrzehnte – bestimmte Charakteristika wie Unterschiede benennen lassen. Sie mögen sowohl die Intensität, Radikalität, zeitliche Dauer und inhaltlichen Bezüge der Widerstandstaten betreffen. Ob es ebenso Kontinuitäten im Widerstandsgeschehen gab, wird im Laufe der Arbeit zu klären sein.

Nicht selten waren die Biographien der Handelnden, so eine weitere Annahme, von Brüchen und dem Wechsel in ihrem Verhalten gegenüber dem Regime bestimmt. Auch die Folgen, mit denen sich die, die aufbegehrten, konfrontiert sahen, fielen von Fall zu Fall und selbst bei vergleichbaren »Delikten« unterschiedlich aus und variierten im Laufe der Jahre. Bei der Ahndung politischer Straftaten folgte das MfS dem ihm eigenen System »operativer« Erwägungen und den von der SED ausgegebenen personen- wie zeitabhängigen innenpolitischen Maximen.

4 Insgesamt gab es zu diesem Zeitpunkt vier Kirchenwagen in der DDR: »Goßners Erbe« – aus der Arbeit der Goßner-Mission in der DDR«. In: Die Kirche. Evangelische Wochenzeitschrift, 13. Jg., Nr. 13, 30.3.1958, S. 1 f.

5 Dürr, Martin: Aus der Geschichte der Kirchgemeinde Wismar-Wendorf. Vom Kirchwagen zum Haus der Begegnung. In: Mecklenburgia Sacra, Bd. 9 (2006), S. 108–143, hier 111.

6 Ebenda, S. 115.

Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition wurden konkret und verwirklichten sich stets im praktischen Handeln. Wer sich verweigerte, Widerspruch und Widerstand leistete oder sich oppositionell betätigte, befand sich dabei in einer Minderheitssituation. Anhand einzelner Fallbeispiele soll daher in der Arbeit nach der Zahl der Widerstandshandlungen insgesamt gefragt und die Reaktionen der Umwelt miteinbezogen werden.

In der Arbeit geht es nicht nur darum, nach den sichtbaren Resultaten von politisch abweichendem Verhalten zu fragen. Auch ist es nicht das Ziel, jene Handlungen entlang einer Zeitachse von den Fünfzigern bis in die achtziger Jahre aufzuzählen. Welcher Impuls und welche »Idee«, so soll gefragt werden, standen hinter dem Widerspruch, Widerstand und oppositionellen Handeln? Wie erklärten die Akteure sich und anderen ihr Handeln, wo lagen die Motive und wie rechtfertigten sie ihre politische Normabweichung? Unter welchen Bedingungen wurden sie aktiv?

Um die einzelnen Äußerungsformen von politisch abweichendem Verhalten begrifflich einzuordnen, sind in der Vergangenheit verschiedene Definitionen herangezogen worden. Verwandt werden hier die Begriffe Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition. Sie sollen zum einen den dynamischen Prozess, der dem Vorgang häufig innewohnte, betonen, zeigen zugleich aber auch, dass es sich konkret jeweils um eigene Stufen der Konfrontation mit dem System handelte.

Diese Entscheidung lässt sich plausibel begründen: So waren die Grenzen zwischen den einzelnen Äußerungsformen politisch abweichenden Verhaltens häufig fließend. Hinzu trat der Umstand, dass eine Tat häufig in eine weitere einmündete und sich die »Idealtypen« in der Praxis oft als »Mischformen« präsentierten.

Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition vollzogen sich nicht im »luftleeren« Raum: Das, was als politisch abweichendes Verhalten gelten musste, schien durch die Sanktionsandrohung des Staates vorherbestimmt. Jene ergab sich aus dem übersteigerten Lenkungs- und Kontrollbedürfnis, mit dem die SED weithin die Gesellschaft durchdrang. Vom Anspruch her verfolgte sie das Ziel, so gut wie alles zu kontrollieren und vorzugeben. Selbst weniger spektakuläre Unmutsäußerungen wurden protokolliert, als Vorkommnis abgeheftet und zum Teil gehandelt. So entstand in der Bevölkerung der Eindruck, dass sich bereits im »Volkssport Meckern« der Widerspruch, mitunter gar der Widerstand gegen das Regime artikuliere. Der Staat seinerseits konnte sich nie sicher sein, ob aus dem verbal geäußerten Widerspruch, sofern er nicht konsequent dagegen vorging, nicht mehr erwächst und dieser im Aufruhr mündete. Da sein Sicherheitsdienst schon rein technisch nicht in der Lage war, die Gesellschaft flächendeckend zu kontrollieren, nährte er die Vorstellung von der allumfassenden Kontrolle. Mit Drohungen, Festnahmen, Inhaftierungen und Verurteilungen hielt er das Bild von

seiner Omnipotenz als Inszenierung aufrecht. Die Bedrohung und Strafverfolgung dienten darüber hinaus weiteren Zielen: Neben der Unterdrückung von Widerspruch und Protest übte der Staat Vergeltung. Er rächte sich an denen, die sich seiner Heilslehre nicht unterordneten und gegen die bestehenden Normen verstießen.

Nicht nur die Reaktion des Staates, sondern jede politisch abweichende Handlung enthielt in sich mehrere Komponenten. Mit der Kritik an den Verhältnissen ließen die Regierten zuallererst ihrem Ärger freien Lauf und verschafften ihrem Unmut Gehör. Häufig diente die öffentliche Empörung noch einem weiteren Zweck: Sie diente der Suche nach Gleichgesinnten und nach Übereinstimmung vor Ort. Der Staat und sein Geheimdienst unterstellten ihren Kritikern ohnehin mehrheitlich, dass ihnen die Empörung »nur« den Anlass dazu bot, um sich situationsbezogen mit anderen zu verständigen. Ob dem so war, und welche Aussagen sich hierzu treffen lassen, soll im Lauf der Arbeit ergründet werden.

Die Taten waren zugleich, so eine darüber hinausgehende Deutung in dieser Arbeit, oft ein Akt der Selbstbehauptung: Mit ihr wurde der vom System eingeforderten ideologischen Eindeutigkeit widersprochen. Auch ging es häufig nicht einzig um den Anlass, der zur Kritik herausforderte, sondern um den Protest gegen das Regime als solchen.

Doch aus welchen Motiven wurden Menschen aktiv? Lässt sich die Motivlage der Handelnden thesenartig benennen und auf bestimmte Aussagen reduzieren: Erkenntnisleitend soll hier die Annahme sein, dass das politisch abweichende Verhalten maßgeblich drei Zielen diene: Neben dem Akt der Selbstbehauptung, der erfolgte, um das eigene Selbstwertgefühl nicht zu verlieren, standen Taten, die sich an die Regierenden direkt wandten, und Taten, die auf die Ermütigung und Mobilisierung Gleichgesinnter im Land setzten. Häufig kam, auch davon wird auszugehen sein, mehr als nur einer der Aspekte zum Tragen.

Nicht alles, was eifrige Denunzianten dem MfS meldeten, muss als Widerstand gelten. Manch eine anscheinend eher harmlose Äußerung wurde von der Stasi als Widerstand eingestuft oder als Ausdruck einer oppositionellen Haltung bewertet. Dies mag manche Handlung, die als widerständiges Verhalten aktenkundig wurde, relativieren. Auch muss darauf verwiesen werden, dass das, was als widerständiges Verhalten Berücksichtigung finden soll, nicht analog den Zuordnungskriterien des MfS aus den Akten entnommen werden kann.

In vielen Fällen, so eine weitere These, war die Formensprache der Unmutsäußerung oder des Protestes abhängig von der Normsetzung durch den Staat. Verweigerung, Unmutsäußerungen, Protest und Widerstand waren und sind, so ist in Anlehnung an Max Weber festzustellen, Lebensäußerungen des

sozialen Handelns.<sup>7</sup> Es sind Lebensäußerungen, die sich wie jedes soziale Handeln allgemein auf das erfahrene oder vermutete Verhalten des Gegenübers bzw. Interaktionspartners, also im konkreten Fall des SED-Staates und seiner Repressionsorgane, bezogen. Dieser Aussage liegt die Annahme zugrunde, dass jedem Handeln eine Interpretation der Handlungssituation durch den Handelnden vorausging.<sup>8</sup>

Die jeweils gewählten Formen der Nonkonformität, von Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition erklären sich also aus der konkreten Situation und den dem Handelnden präsenten Einsichten und verfügbaren Ressourcen. Sie blieben an den bestehenden Normen orientiert, unabhängig davon, ob die, die ihren Unmut bezeugten, sich Freiräume innerhalb dieser Norm erschließen wollten oder sich diametral gegen die bestehende Ordnung wandten.

Jedem, der sich allzu deutlich in Widerspruch zur herrschenden Norm begab, drohte potenziell die gesellschaftliche Ausgrenzung bis hin zur Strafverfolgung. So verwundert es kaum, dass jene Formen des Widerspruchs dominierten, bei denen die Handelnden sich anschickten, Freiräume innerhalb des Normengefüges auszuloten. Entscheidend dafür mögen pragmatische Erwägungen gewesen sein. Wer Schwächen in der Argumentation der SED ausnutzte, Schlupflöcher im Reglement des Systems für sich auszukundschaften wusste, auf Defizite bei der Umsetzung der offiziell proklamierten sozialen und politischen Rahmensetzungen verwies, nutzte drei strategische Vorteile. Zum Ersten konnte er meinen, dass er das Risiko der strafrechtlichen Verfolgung für sich und seine Mitstreiter minimierte. Zum Zweiten richtete er seinen Protest auf ein bereits existentes Themenfeld aus: er erreichte so eher Außenstehende als mit einem neuen, von ihm eingebrachten Thema. Ein freier Diskurs, in dem sich neue Themen verankern ließen, war überdies nicht möglich. So brachte er, wenn er die Herrschenden an ihre Versprechungen erinnerte, diese und ihre Parteigänger in Verlegenheit. Zum Dritten mochte er nicht als »Phantast« erscheinen, der etwas ansprach oder forderte, was unter den gegebenen Umständen den meisten Menschen angesichts der Lebenswirklichkeit in der Diktatur kaum realistisch erschien. Er setzte sich schließlich nicht dem Verdacht aus, als bestellter Provokateur zu agieren.

Nicht unberücksichtigt bleiben darf darüber hinaus, dass die Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit von Protest und Widerstand stets mit bedacht werden musste. So gab es genügend Stimmen, die sich gegen jedwede Verwei-

7 »Handeln soll ein menschliches Verhalten (einerlei ob äußeres oder innerliches Tun, Unterlassen oder Dulden) heißen, wenn und insofern, als der oder die Handelnden mit ihm einen subjektiven Sinn verbinden. *Soziales* Handeln aber soll ein solches Handeln heißen, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist.« Weber, Max: *Soziologische Grundbegriffe*. 6. Aufl., Tübingen 1984, S. 19.

8 Messing, Manfred: *Soziales Handeln*. In: Endruweit, Günter; Trommsdorff, Gisela (Hg.): *Wörterbuch der Soziologie*. 2. Aufl., Stuttgart 2002, S. 211 f.

gerung oder gar Widerstand aussprachen. Aufgrund des effektiv gegebenen Risikos hielten sie dies für unangebracht und rieten hiervon ab. Um ihren eigenen Opportunismus zu verteidigen, stufen sie dies als unvernünftig ein oder werteten ein solches Verhalten gar ab.

Mit der inhaltlichen Delegitimierung der Herrschenden gewannen demgegenüber Widerstand und oppositionelles Handeln umgekehrt proportional an Legitimation. Indem Gegner des Systems Schwächen desselben benannten und auf Widersprüche zwischen der Selbstdarstellung des Systems und der Wirklichkeit verwiesen, warben sie auf der Basis bestehender Kodes für ihren Standpunkt. Zugleich forderten sie für sich und andere jenes Recht auf Zorn und Empörung ein, aus dem – nach Peter Sloterdijk – Protestbewegungen allgemein ihr moralisches Kapital abzuleiten verstehen.<sup>9</sup> Schließlich gehe es bei der Empörung nur sekundär um den inhaltlichen Bezug, der gewählt werde. »Natürlich«, so Sloterdijk, »wird auch immer ›um etwas‹ gekämpft, vor allem aber dient der Kampf der Offenbarung der kämpferischen Energie an sich.«<sup>10</sup>

Dem Alltag kommt bei der Betrachtung von bewusster Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition eine gewichtige Rolle zu. Nicht nur, weil es interessant ist zu fragen, was es neben den »großen« Widerstandstaten an Widerspruch, Protest und Widerstand im »Kleinen« noch gab. Der Alltag beschreibt zugleich jene Sphäre, die die Kommunisten durch die Zerstörung vorhandener Traditionen und Besitzverhältnisse umzugestalten sich zum Ziel gesetzt hatten. Schon das Festhalten, Beharren und sich Dagegenwenden musste als Votum gegen ihren missionarischen Anspruch verstanden werden. Beharren und Verweigerung wurden so zum Widerspruch: Angeichts anlaufender Kampagnen und der planwirtschaftlichen Normensetzung, die bestimmte, bis wann ein Umgestaltungsziel zu erreichen sei, geriet jener in den Augen der SED zum Widerstand.

Ob eine Verweigerung »nur« eine Verweigerung war oder als mehr betrachtet werden sollte, darüber entschied so auch der Kampagnendruck, dem sich der Einzelne durch seinen Entschluss, nicht mitzumachen, aussetzte. Das, was als Widerstand galt, entwickelte sich ebenso wie die verschiedenen Formen des Widerstands in Interaktion zum Agieren des Staates.

Die Sicherheitsbehörden vermuteten und suchten im Alltag ihrerseits fortwährend nach Nonkonformismus – Verweigerung, Widerspruch – Aufbegehren, Widerstand – Opposition. Angelegt war dies in der proklamierten Notwendigkeit, die Gesellschaft von ihrer Basis her – dem Alltag – auch gegen Widerstände neu erschaffen zu müssen. Was fortschrittlich sei und heilbringend in die »neue Zeit« wies, darüber entschied die Partei.

<sup>9</sup> Sloterdijk, Peter: Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch. Frankfurt/M. 2006, S. 170–189.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 21.

In der Regel schwieg die Mehrheit der Betroffenen und hielt trotzdem einige Zeit noch an den zu überwindenden Traditionen fest. Einzelne hingegen entzogen sich der Umerziehung und Enteignung, zeigten sich eloquent oder widersprachen mit Vehemenz. Ein noch kleinerer Teil der Betroffenen ging zum offenen Widerstand über, fertigte Flugblätter, schrieb Losungen an oder sammelte Informationen für westliche Stellen, in der Hoffnung, so zum Niedergang des »Neuen« etwas beitragen zu können.

Aus diesem Spannungsgefüge ergab sich der Konflikt um den Alltag. Gegen Ende der siebziger Jahre erlahmte der missionarische Eifer zur Neugestaltung der Gesellschaft in der DDR. Doch auch bei den nun noch eingeführten und für obligatorisch erklärten Neuerungen ging es im Kern um nichts Geringeres als in den Umgestaltungskampagnen der fünfziger Jahre: Um den Anspruch zur Schaffung einer neuen Gesellschaft, bewohnt von neuen, aus ihrer angeblichen Rückständigkeit auch notfalls durch Zwang zu »befreienden« Menschen.

Nonkonformität, Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition hatten – so eine Hauptthese der Arbeit – zumeist etwas Reaktives – sie wandten sich gegen die Anmaßungen und als Belästigung empfundenen Eingriffe des Regimes im Alltag an den verschiedenen Orten im ganzen Lande.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf – von ihrer Anlage her – unterschiedliche Teile. Im ersten Teil wird, nach einer Übersicht über die Literatur und den Forschungsstand, das Untersuchungsgebiet – der ehemalige Bezirk Rostock – vorgestellt. Der zweite Abschnitt vermittelt anhand von Eckdaten, charakteristischen Entwicklungen und wichtigen Ereignissen einen Überblick über Widerspruch, Widerstand und Opposition in den vier Jahrzehnten der DDR im Bezirk Rostock. Wenn auch in verkürzter und vereinfachter Form, steckt er in chronologischer Reihenfolge den Rahmen der Betrachtung ab. Im dritten Teil wird anhand von Idealtypen nach den Charakteristika der verschiedenen Formen des politisch abweichenden Verhaltens gefragt. Unterschiede und Gemeinsamkeiten sollen zugleich aufgezeigt werden. Auch geht es um die Frage, inwieweit sich die verschiedenen Formen sinnvoll gegeneinander abgrenzen lassen. Der vierte Teil rückt den »Alltag« ins Zentrum der Betrachtung. Zum einen geht es darum, zu fragen, welche Formen neben dem »Widerstand im eigentlichen Sinne« ansonsten »im Alltäglichen« zum Tragen kamen und wann und bis zu welchem Grade sich dieses noch als Widerstand definieren lässt. Zum anderen, mit welchen Reaktionen ihrer Umwelt sich die, die Widerspruch leisteten, konfrontiert sahen. Im fünften und letzten Teil wird zusammenfassend anhand von vier Thesen nach den Kontinuitäten bzw. dem Wandel und dem, was überliefert wurde, gefragt.

Eine Schlussbetrachtung, eine Auswahlbibliografie und Register schließen die Arbeit ab. Zitierte Literatur und Quellen sind jeweils in den Fußnoten belegt.

## I Bezirk Rostock: Forschungsstand

Der Bezirk Rostock entstand 1952 als einer von vierzehn Bezirken im Rahmen der DDR-Verwaltungsreform. Neun Jahre später, nach dem Mauerbau vom 13. August 1961, kam der Ostteil Berlins als offiziell 15. Bezirk der DDR hinzu.<sup>11</sup>

Für den Ostseebezirk liegt zum hier interessierenden Untersuchungsgegenstand – Widerstand und Alltag – zwar eine Reihe von Veröffentlichungen vor. Häufig werden die Handlungen des politisch abweichenden Verhaltens aber nur anhand von Akten und Zeitzeugenerinnerungen nacherzählt, ohne dass die begriffliche Zuordnung auf einer analytischen Grundlage erfolgt; der hier interessierende Aspekt der Interaktion wird zumeist nur nebenbei gestreift. Die staatliche Repression gilt dabei häufig, und zwar unabhängig von der Intention und dem Handeln der Gemaßregelten, als hinlänglicher Beweis für das Vorliegen einer Widerstandstat bzw. eines widerständigen Agierens. Der Umstand, dass der Staat und seine Geheimpolizei mitunter erst die »Staatsfeindlichkeit« einer Handlung konstruierten, Andersdenkende zu Staatsfeinden machten und gelegentlich Exempel zur »Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit« statuierten, bleibt so mitunter auf der Strecke.

Weniger spektakuläre Formen des politisch abweichenden Verhaltens wurden demgegenüber bislang kaum behandelt; die Arbeiten zum Alltag – und insbesondere zum Urlaub – an der Ostseeküste setzen den Aspekt des Alltags bislang nur selten in Beziehung zum politisch abweichenden Verhalten. Ausnahmen sind die in einigen Abhandlungen erwähnten Fluchtgedanken, Fluchtversuche und die gelungenen »Grenzübertretungen«.

Für die Küstenregion liegen zum Themenkomplex Verweigerung, Protest, Widerstand und Opposition mehrere Veröffentlichungen vor.

Eine wichtige Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Widerstand und der Aufarbeitung der Repressionen an der Rostocker Universität kommt dem Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) zu. Mit seinen Publikationen, so über den in Moskau hingerichteten Arno Esch,<sup>12</sup> erinnert dieser daran, dass es »studentische Opposition und oppositionelle Bestrebungen, die sich gegen den Machtanspruch der SED wandten« auch im Norden des Landes gab.<sup>13</sup> Arno Esch, leitendes Mitglied der LDPD, gründete Ende 1948 mit Gleichgesinnten in Rostock die »Radikal-Soziale Freiheitspartei«, die sich innerhalb der immer stärker unter den Einfluss der SED gelangenden LDPD

11 Art. Bezirk. In: DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1985, S. 220 f.

12 Bernitt, Hartwig; Köpke, Horst; Wiese, Friedrich-Franz (Hg.): Arno Esch. Mein Vaterland ist die Freiheit. Dannenberg 2010.

13 Fricke, Karl Wilhelm: Arno Esch. In: Kowalczuk, Ilko-Sascha; Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 47–49.

»als sozialliberale Opposition verstand«. <sup>14</sup> Roland Bude berichtet vom, wenn auch nur kurzzeitig erfolgreichen, Versuch der »Unterwanderung der SED« und des FDJ-Hochschulvorstandes durch eine Gruppe von etwa zwanzig Studenten an der Universität in Rostock in den Jahren 1949 und 1950. <sup>15</sup> Zerschlagen wurde der Zusammenschluss, den Thomas Ammer »als eine Art Widerstandsgruppe« umschreibt, <sup>16</sup> im Sommer 1950 mit der Inhaftierung, Verurteilung und zum Teil Deportation der meisten Beteiligten in die Sowjetunion. In den folgenden Jahren, Mitte der Fünfziger und Ende der Sechziger und im September 1989, gab es drei weitere Versuche, die FDJ-Hochschulgruppe der Theologen an der Rostocker Universität zu »unterwandern«. Es handelte sich um den Versuch, die vorgegebenen Strukturen zur Wahrung der eigenen Interessen zu nutzen und den Zugriff der FDJ-Universitätsleitung auf die Theologen zu minimieren. <sup>17</sup>

Mit der Arbeit von Thomas Ammer »Universität zwischen Demokratie und Diktatur« liegt zugleich eine Übersichtsdarstellung vor zu den politischen Auseinandersetzungen an der Rostocker Universität in den sechziger und siebziger Jahren. Sie wird ergänzt durch eine Liste jener Studenten, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden. Erwähnt seien zwei weitere Veröffentlichungen, die sich mit den Vorgängen an der Rostocker Universität beschäftigen: Zum Ersten die Arbeit von Martin Handschuk (»Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955«). <sup>18</sup> Zum Zweiten geht Julius Schoenemann am Beispiel der Medizinischen Fakultät in Rostock auf die Folgen der dritten Hochschulreform der

14 Köpke, Horst: Die Radikal-Soziale Freiheitspartei. In: Bernitt, Hartwig; Köpke, Horst; Wiese, Friedrich-Franz (Hg.): Arno Esch. Mein Vaterland ist die Freiheit. Dannenberg 2010, S. 77–80.

15 Bude, Roland: Workuta – Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR (Schriftenreihe des LStU Berlin; 30). Berlin 2010, S. 41.

16 Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969, Nachdruck 1994, S. 74.

17 Für die späten fünfziger Jahre: Zeitzeugeninterview mit Pfarrer i. R. Hans-Udo Vogler, Freienhufen, den 9.7.1999, S. 10; Vogler studierte in den fünfziger Jahren. Für die späten sechziger Jahre: Reichert, Steffen: Ein Leben im Schatten der Mauer. Er erlebte vom Westen aus den Mauerbau und wurde durch den Mauerfall gerettet: Christoph Wonneberger. In: Glaube und Heimat. Evangelisches Sonntagsblatt für Thüringen, Nr. 33, 14.8.2011, S. 4; Das Jahr 1989 betreffend: Die OPK »Konzil« der MfS-Bezirksverwaltung Rostock enthält einen Maßnahmeplan, der »der Aufklärung [...] der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Erarbeitung eines idealen Gesellschaftsmodells« im September 1989 an der WPU Rostock in der Theologie-Sektion dienen sollte. BStU, MfS, BV Rostock, AOPK 570/91, Bl. 1.

18 Handschuk, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955 (Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns; 6). Bremen 2003; Ders.: Studentische Opposition an der Universität Rostock 1945 bis 1955. In: Zr. 6 (2002) 1, S. 30–36.

DDR ein.<sup>19</sup> Die Greifswalder Universität erlangte für die Widerstandsgeschichte durch die Vorgänge rund um den »Greifswalder Medizinerstreik« im Jahre 1955 Bedeutung. Die Proteste richteten sich gegen die Umwandlung der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald in eine Militärmedizinische Ausbildungsstätte.<sup>20</sup> Unter dem Titel »... sie wollten sich nicht verbiegen lassen« gab Dietmar Kausch zusammen mit dem Verband ehemaliger Rostocker Studenten eine Broschüre zu den Repressalien gegen andersdenkende Schüler in den fünfziger Jahren unter anderem in Bad Doberan und Rostock heraus.<sup>21</sup> Henrik Bispinck beleuchtet am Beispiel der Großen Stadtschule in Rostock zudem das Schicksal jener Lehrer, die in den Westen flohen.<sup>22</sup> Mit dem Aufsatz »Protest, Opposition und Widerstand an den Oberschulen in der SBZ und in der frühen DDR«, auch hier geht es um die Große Stadtschule in Rostock, legte er einen Beitrag zur Widerstandsgeschichte vor. Wie bei anderen Arbeiten hierzu auch, erfolgt die begriffliche Zuordnung eher intuitiv und unterliegt keiner weiteren Erläuterung: Klar ist jeweils, was dem Widerstand im »eigentlichen Sinne« zuzurechnen ist – der Autor spricht von »genuine[n] Widerstandsaktionen« und nennt als eine solche Form den »sichtbaren Protest«; das politisch abweichende Verhalten, das »unterhalb« dieser Schwelle anzusiedeln ist, wird mit umgangssprachlich etablierten Termini umschrieben, die nicht weiter erläutert werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Opposition, der mit den »oppositionelle[n] Haltungen«, die »sichtbar wurden« und die zu Konflikten mit der Schulleitung und der FDJ führten, gleichgesetzt wird. Konkret wird vom Autor das Ringen um den Erhalt der Schülerelbstverwaltung in Rostock als ein Beispiel für »Opposition [...] an den Oberschulen« angeführt.<sup>23</sup>

19 Schoenemann, Julius: Der große Schritt. Die dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen. Dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969–1972. Rostock 1998.

20 Schmiedebach, Heinz-Peter; Spiess, Karl-Heinz: Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR (Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald; 2). Stuttgart 2001; Nitzsche, Raimund; Glöckner, Konrad (Hg.): Geistige Heimat ESG – In Freiheit leben aus gutem Grund. Erinnerungen an 60 Jahre Evangelische Studentengemeinde Greifswald. Greifswald 2006; Ders.: Vorlesungsstreik im Kalten Krieg. Vor 50 Jahren protestierten Studenten gegen die Ausbildung von Militärmedizinern. In: MPKZ, Nr. 13, 27.3.2005, S. 7; Schlagen, Udo: Studenten gegen Militärmedizin in Greifswald – Kirchturnbrand von St. Jacobi. Was geschah am 30./31. März 1955. In: MPKZ, 7.7.2010.

21 Kausch, Dietmar: »... sie wollten sich nicht verbiegen lassen.« Repressalien – Widerstand – Verfolgung an den Oberschulen in Bad Doberan, Bützow, Grevesmühlen, Ludwigslust und Rostock 1945–1989. Rostock 2006.

22 Bispinck, Henrik: »Sie werden meinen Schritt mit Leidenschaft vor Kollegium und Klasse verurteilen.« Zur Republikflucht von Oberschullehrern in Mecklenburg. In: Zr. 14 (2010) 1, S. 32–38. Ders.: Bildungsbürger in Demokratie und Diktatur. Lehrer an höheren Schulen in Mecklenburg 1918 bis 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 79). München 2011.

23 Ders.: Protest, Opposition und Widerstand an den Oberschulen in der SBZ und in der frühen DDR. In: HuG 20 (2011) 2, Nr. 72, S. 40–42.

Mehrere Inhaftierungen rückten das Gebiet des späteren Bezirkes Rostock beizeiten in das Blickfeld derer, die die Vorgänge in der DDR von der Bundesrepublik aus verfolgten. Einige Veröffentlichungen erschienen in diesem Rahmen zu den Prominenten unter den frühen Opfern der kommunistischen Herrschaft. So zu dem 1946 inhaftierten und hingerichteten Rektor der Greifswalder Universität, Ernst Lohmeyer,<sup>24</sup> und dem 1950 verschleppten und seitdem verschollenen Pfarrer Robert Lansemann aus Wismar.<sup>25</sup> Mit der Inhaftierung und der späteren Flucht des Rostocker Sozialdemokraten Willy Jesse<sup>26</sup> und des Rostocker Fabrikanten, CDU-Politikers und mecklenburgischen Wirtschaftsministers Siegfried Witte beschäftigen sich zwei weitere Abhandlungen.<sup>27</sup>

Auch Christian Schwießelmann geht auf das Vorgehen gegen bürgerliche Politiker, die sich dem Machtanspruch der SED widersetzen, ein. Am Beispiel des CDU-Landesverbandes Mecklenburg und Vorpommern stellte er das Ringen um ein eigenständiges oppositionelles Profil in den Jahren bis 1952 anschaulich dar. All dies erfolgte trotz Interventionen der SED, trotz Repressionen und Verhaftungen.<sup>28</sup> Inhaftiert und verschleppt wurde so auch 1950 der Wolgaster CDU-Bürgermeister Walter Kolberg.<sup>29</sup>

Das Jahr 1953 kann in mehrfacher Hinsicht als eine Zäsur in der Geschichte des Ostseebezirks angeführt werden. Die kirchenfeindliche Politik der SED trieb im Frühjahr auf einen neuen Höhepunkt zu und noch vor den Ereignissen des 17. Juni kam es entlang der Ostseeküste mit der Aktion »Rose« zur

24 Schmauch, Werner (Hg.): In Memoriam Ernst Lohmeyer. Stuttgart 1951; Saß, Gerhard: Lohmeyer, Ernst. In: Neue Deutsche Biographie. Bd. 15, Berlin (West) 1987, S. 132 f.; Hilger, Andreas: »Tod den Spionen!«: Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953. Göttingen 2006, S. 109–113; Grabe, Irmfried: Lohmeyer, Ernst Johannes. In: Schultze, Harald; Kurschat, Andreas (Hg.): Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2006, S. 634–636; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 114 f.; Rautenberg, Mathias: Der Tod und die SED. Zum 65. Todestag Ernst Lohmeyers. In: Zr. 15 (2011) 2, S. 20–33.

25 Rathke, Heinrich: Lansemann, Robert. In: Schultze; Kurschat: Evangelische Märtyrer (ebenda), S. 633 f.; Wiaterek, Norbert: Das Glaubenszeugnis wach halten. Gedenkgottesdienst an Pastor Robert Lansemann am 27. Juli in Heiligen Geist Wismar. In: Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung, 63. Jg., Nr. 30, 27.7.2008, S. 4; Pettke, Sabine (Hg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg. Bd. 7. Rostock 2013, S. 187–189.

26 Stunnack, Grit: Willy Jesse. In: Zr. 1 (1997) 2, S. 35–38.

27 Keipke, Bodo: Siegfried Witte. In: Zr. 2 (1998) 1, S. 51–56.

28 Schwießelmann, Christian: Die CDU in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes 1945 bis 1952 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; 58). Düsseldorf 2011; Ders.: Die CDU im Norden der DDR 1952 bis 1961. Ein Blick hinter die Kulissen einer Blockpartei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. In: Zr. 13 (2009) 1, S. 37–57.

29 »Auf den Spuren von Bürgermeister Walter Kolberg. Jugendliche aus Vorpommern präsentieren ihre Forschungen beim zweiten Jugendgeschichtstag«. In: Mecklenburgische und Pommersche Kirchenzeitung, Nr. 49, 3.12.2006, S. 8; Walter Kolberg (3. März 1899 – ca. 1954). In: Mecklenburg 47 (2005) 11, S. 19.

Massenenteignung im Hotel- und Pensionsgewerbe.<sup>30</sup> Das Geschehen steht für die Repression im SED-Staat; aber erst die offene Solidarisierung mit den Betroffenen in Binz und Zingst macht sie zu einer Geschichte des Widerstandes. Der dann folgende Aufstand rund um den 17. Juni 1953 hatte seine Schwerpunkte in Berlin, im mitteldeutschen Industrierevier und im Süden der DDR; der Bezirk Rostock galt, auch wenn es hier zur Erhebung kam, als Nebenschauplatz des Geschehens. Während Beatrice Vierneisel und Klaus Schwabe den Verlauf des Aufstandes am 17. Juni 1953 bezogen auf Mecklenburg-Vorpommern bzw. »den Aufstand an der Küste« nachzeichnen, bezieht sich Heike Schmidt auf die Ereignisse in Rostock. Hier kam es im Laufe des 17. und 18. Juni zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen vor allem auf den Werften, im Dieselmotorenwerk sowie in mehreren Zulieferbetrieben des Schiffsbaus.<sup>31</sup>

Als wichtige Zäsur ist ebenso das Jahr 1961 zu benennen. Auch wenn der Bezirk Rostock weit entfernt vom Geschehen in Berlin lag, so erreichten die Auswirkungen die Küstenregion. Zwei Veröffentlichungen wenden sich der Grenzschießung und dem Mauerbau vom 13. August 1961 in Berlin zu und beschreiben deren Folgen in ihrer Fernwirkung auf den Bezirk Rostock. Zum einen liegt dazu der Beitrag der beiden Rostocker Anita Krätzner und Michael Heinz vor. Unter dem Titel »Verurteilt wegen ›staatsgefährdender Hetze‹. Reaktionen im Bezirk Rostock auf den Mauerbau 1961« zählen sie summarisch die verschiedenen Proteste und Widerstandshandlungen auf.<sup>32</sup>

Im Jahr 2002 erschien zum anderen das Buch »Meuterei vor Rügen – was geschah auf der SEEBAD BINZ? Der Prozess gegen die Junge Gemeinde 1961 in Rostock« von Hellmuth Henneberg.<sup>33</sup> Ähnlichkeiten hierzu wies der Prozess um die »Glatzkopfbande« auf, der vom 1. bis 4. September 1961 stattfand und

30 Im Frühjahr 1953 enteignete die SED unter konstruierten Beschuldigungen mehr als 1 500 Hotel-, Pensions- und Gaststättenbesitzer entlang der Ostseeküste, insbesondere auf Rügen und Usedom. Wegen vermeintlicher Verstöße gegen das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums« und unter anderen Anschuldigungen gerieten an die 400 Unternehmer in Haft. Mit der Arbeit von Siegfried Schmidt »Stasi-Aktion Rose«, erschienen in Göhren 1994, liegt eine aus der Zeitzeugenperspektive heraus entstandene Dokumentation vor.

31 Schmidt, Heike: Der 17. Juni 1953 in Rostock. Berlin 2003; Hinz-Wessels, Annette; Thiel, Jens: Das Friedrich-Loeffler-Institut 1910–2010. 100 Jahre Forschung für die Tiergesundheit. Berlin 2010, hier: »Die Auswirkungen des 17. Juni 1953 auf dem Riems«, S. 146–148; Schwabe, Klaus: Aufstand an der Küste. Ursachen, Verlauf und Ereignisse des 17. Juni 1953. Schwerin 2003; Ders.: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern (Geschichte Mecklenburg-Vorpommern; 4). Schwerin 1993; Vierneisel, Beatrice: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern. Begleit- heft zur Ausstellung des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Schwerin 2003.

32 Heinz, Michael; Krätzner, Anita: Verurteilt wegen »staatsgefährdender Hetze«. Reaktionen im Bezirk Rostock auf den Mauerbau 1961. In: Zr. 15 (2002) 2, S. 39–49.

33 Henneberg, Hellmuth: Meuterei vor Rügen – was geschah auf der SEEBAD BINZ? Der Prozess gegen die Junge Gemeinde 1961 in Rostock. Rostock 2002, S. 23–26 u. 136–138.

zu dem Inge Bennewitz einen Aufsatz vorlegte.<sup>34</sup> Trotz politischer Schauprozesse und der behaupteten Gefahrenabwehr für die Sicherheit des Staates handelt es sich in beiden Fällen um Beispiele der staatlichen Repression – mit Widerstand hatte das Geschehen nur bedingt zu tun.

Einen großen Raum in der Aufarbeitung der Diktatur nehmen die Arbeiten ein, die sich mit dem Verhältnis der SED zur Kirche und deren Eigenleben beschäftigen, wobei dabei auf unterschiedlichste Aspekte Bezug genommen wurde: Neben der Nonkonformität und dem Widerspruch aus dem kirchlichen Raum wurde von einigen Autoren der »Alltag« mitberücksichtigt. Propst Friedrich Winter, Studentenpfarrer in Greifswald von 1953 bis 1960 und anschließend bis 1964 Superintendent in Grimmen<sup>35</sup>, legte mit der Biographie »Bischof Karl von Scheven« 2009 eine eindrucksvolle Betrachtung zu den frühen Jahren der SED-Kirchenpolitik vor. Karl von Scheven stand der 1945 von Stettin nach Greifswald umgesiedelten Kirchenleitung Pommerns bis 1954 vor.<sup>36</sup> Auf ihn folgte bis 1972 Friedrich-Wilhelm Krummacher, den Aulikki Mäkinen in ihrem 2002 vorgelegten Beitrag als »Mann der Einheit« charakterisiert.<sup>37</sup>

Die Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde in Greifswald blieb in diesen Jahren nicht frei von politischen Übergriffen und Repressionen. Hierzu erschien die von Raimund Nitzsche und Konrad Glöckner 2006 herausgegebene Aufsatzsammlung »Geistige Heimat ESG – In Freiheit leben aus gutem Grund. Erinnerungen an 60 Jahre Evangelische Studentengemeinde Greifswald«.<sup>38</sup> Friedrich Winter legte zu seinen »Jahre[n] in Greifswald zwischen 1946 und 1960« in »Zeitgeschichte regional« 2002 zugleich einen eigenen Erinnerungsbericht vor.<sup>39</sup>

Geprägt wurde die SED-Kirchenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre durch den Abriss von Kirchen: Am Beispiel der Wismarer Marienkirche gehen Robert Scheunpflug bzw. Georg M. Diederich am Schicksal der Rostocker Christuskirche auf dieses besondere Kapitel ein. Anders als Scheunpflug interessierten Diederich insbesondere die Proteste und Auseinandersetzungen, die den

34 Bennewitz, Inge: Die wahre Geschichte der »Glatzkopfbande«. Ein Film und seine Hintergründe. In: *Apropos: Film 2001*. Das Jahrbuch der DEFA-Stiftung. Berlin 2001, S. 232–260.

35 Henkys, Jürgen: Menschen, Akten und Geschichten. Friedrich Winter verbringt seinen Ruhestand in Archiven und am Schreibtisch. Jetzt wird er 85. In: *DK*, Nr. 10, 4.3.2012, S. 15.

36 Winter, Friedrich: Bischof Karl von Scheven (1882–1954). Ein pommersches Pfarrleben in vier Zeiten. Berlin 2009.

37 Mäkinen, Aulikki: Friedrich-Wilhelm Krummacher – der Mann der Einheit. In: *Zr. 6 (2002) 2*, S. 39–44; Dies.: Der Mann der Einheit. Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher als kirchliche Persönlichkeit in der DDR in den Jahren 1955–1969. Greifswald 2002. Vgl. hierzu auch: Winter, Friedrich: Deutliche Worte – vom Staat übelgenommen. Vor 25 Jahren ist Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacher gestorben. In: *Mecklenburgische Kirchenzeitung*, Nr. 25, 20.6.1999, S. 7.

38 Nitzsche, Raimund; Glöckner, Konrad (Hg.): *Geistige Heimat ESG – In Freiheit leben aus gutem Grund. Erinnerungen an 60 Jahre Evangelische Studentengemeinde Greifswald*. Greifswald 2006.

39 Winter, Friedrich: Meine Jahre in Greifswald zwischen 1946 und 1960. In: *Zr. 6 (2002) 2*, S. 79–89.

Abriss begleiteten und das Geschehen unbestreitbar zum Politikum machten.<sup>40</sup> Robert Scheunpflug übernimmt in seiner vom Schweriner Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen geförderten Arbeit hingegen weitgehend undifferenziert die Argumente, die vorgebracht wurden, um den Abriss durchzusetzen.<sup>41</sup> Scheunpflug glaubt nicht, dass kirchenfeindliche Motive für den Abriss verantwortlich zu machen sind und spricht von »einer komplizierten lokalpolitischen Konstellation, vor dem Hintergrund einer Zeit, die in Planungseuphorie und Wertschätzung von Moderne [dem] Erhalt des Alten wenig Stellenwert beimaß«. <sup>42</sup> Das erscheint kaum plausibel. Scheunpflug versäumt es vielmehr, die von ihm verwandten Quellen im zeitlichen wie politischen Umfeld zu kontextualisieren.<sup>43</sup> Von Rahel Frank stammen mit »Greifswalder Weg« und »Realer – Exakter – Präziser?« zwei Arbeiten, die sich mit den beiden nordostdeutschen Kirchen in der Spätphase der DDR auseinandersetzen. Während die erste vor dem Hintergrund der SED-Kirchenpolitik nach dem besonderen Gepräge der Greifswalder Kirche unter Bischof Horst Gienke fragt und die mit dem MfS kooperierenden Kirchenvertreter benennt, geht die zweite über diesen Ansatz hinaus. Zusätzlich werden in ihr nicht mehr nur die achtziger, sondern auch die siebziger Jahre behandelt. Neben den IM-Verstrickungen schaut Rahel Frank in ihrem Buch über die mecklenburgisch-lutherische Landeskirche auch auf innerkirchliche wie körperschaftliche Mechanismen der »Gefahrenabwehr« und Disziplinierung. Ersichtlich wird, warum sich bestimmte Pfarrkonvente und Kirchenkreise gegenüber den politischen Vereinnahmungsversuchen weitgehend immun verhielten. Dies bedeutete nicht, dass sich nicht auch in Mecklenburg

40 Diederich, Georg M.: Aus den Augen aus dem Sinn. Die Zerstörung der Rostocker Christuskirche 1971. 2. Aufl. Rostock 1997.

41 Scheunpflug, Robert: »Zur Herstellung von Leichtbauelementen geeignet ...«. Der Abriss der Marienkirche Wismar im Kontext von Staat, Kirche und Denkmalpflege. Schwerin 2008. Vgl. hierzu auch: Titzck, Karl-Reinhard: Ein neues Buch über die Zerstörung von St. Marien in Wismar. In: MPKZ, 63. Jg., Nr. 37, 14.9.2008, S. 7.

42 Scheunpflug: Der Abriss der Marienkirche. Ebenda, S. 100.

43 Ebenda, S. 85–92. Auch dass mehrere Akademiker in ihrer Beschwerde nicht von einem kirchenfeindlichen Akt sprachen, sondern nur auf die kulturhistorische Bedeutung des Bauwerkes verwiesen, belegt kaum Scheunpflugs These. Es zeigt vielmehr, dass sich eine solche Beschwerde nicht im luftleeren Raum vollzog und politisch als besonders verfeimt angesehene Argumente zumeist nicht in dieser Form benannt wurden, um das Risiko für die Appellanten zu minimieren. Die Gründe für den Abriss der Marienkirche liegen vielmehr außerhalb der von Scheunpflug verfochtenen Interpretation: Nicht zuletzt, weil die Kirche von vielen als letzter verbliebener Ort des Widerspruchs angesehen wurde, ging die SED gegen deren gesellschaftlich sichtbare Präsenz vor, ließ Kirchen abreißen oder verbot den Bau von Gotteshäusern in den Neubaugebieten. Sie nutzte dabei jeweils die sich ihr bietenden Gelegenheiten und war häufig nicht darum verlegen, Kirchen großzügig den Neugestaltungsplänen zu opfern. Um den damit heraufbeschworenen Protesten beizeiten den Wind aus den Segeln zu nehmen, verwies man auf lokale Erfordernisse und stritt, wie übrigens auch beim SED-Kirchenkampf Anfang der fünfziger Jahre, ab, dass man eine kirchenfeindliche Intention verfolge.

einzelne Pfarrer und Landessuperintendenten fanden, die bereit waren, mit dem Staatssicherheitsdienst zusammenzuarbeiten.<sup>44</sup>

Der kirchlichen Friedensarbeit, der Rolle der Westmedien auf dem Kirchentag in Stralsund 1978 und dem Wirken der oppositionellen Friedensgruppen, unter anderem den Mobilien Friedensseminaren von 1981 bis 1989 in Mecklenburg widmete Christoph Wunnicke mehrere Beiträge.<sup>45</sup>

Zum Staatssicherheitsdienst, der das politisch abweichende Verhalten derer bekämpfte, um die es hier gehen soll, liegen für den Bezirk Rostock drei Veröffentlichungen vor. Zum einen das Buch von Thomas Ammer und Hans-Joachim Memmler von 1991 »Staatssicherheit in Rostock«.<sup>46</sup> Geprägt ist die Publikation von der Euphorie des Aufbruchs des Herbst 1989 und der hiermit einhergehenden Besetzung der Bezirksverwaltung in Rostock. Im Mittelpunkt steht dementsprechend die Arbeit des Unabhängigen Untersuchungsausschusses. Zugleich versuchen die Autoren, dem Leser eine erste Orientierung über die Methoden und die Arbeit des MfS zu vermitteln, indem sie, wie in jener Zeit üblich, ausgiebig aus Dienstanweisungen und anderen Dokumenten zitieren.<sup>47</sup>

Mit der Broschüre von Volker Höffer, dem BStU-Außenstellenleiter in Rostock, liegt eine weitere Veröffentlichung vor, die unter dem Titel »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock« 1997 erschien. Sie konzen-

44 Saß, Rahel von: Der »Greifswalder Weg«. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989. Schwerin 1998; Frank, Rahel: »Wagenburg« im Honecker-Staat. Ein Einblick in den Weg der mecklenburgischen Landeskirche 1971 bis 1989. In: Zr. 6 (2002) 2, S. 53–56; Ders.: »Realer – Exakter – Präziser?« Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. 2. Aufl., Schwerin 2008.

45 Wunnicke, Christoph: Die Mobilien Friedensseminare von 1981 bis 1989 in Mecklenburg. In: Zr. 5 (2001) 1, S. 30–39; Ders.: »In die Kirche können sie ruhig gehen, laß sie beten, da stören sie keinen.« Die FDJ und kirchliche Basisgruppen im Jahr 1983 in Rostock. In: Zr. 7 (2003) 1, S. 92–95; Ders.: »Auf der Suche nach Leben.« Das MfS, die Westmedien, die CDU und auch ein wenig Friedensbewegung. Der Kirchentag in Stralsund vom 16. bis 18. Juni 1978. In: Zr. 8 (2004) 1, S. 72–76.

46 Ammer, Thomas; Memmler, Hans-Joachim: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, S. 11.

47 Ebenda. Laut Ammer und Memmler gab es 1989 in Bezirk Rostock 2 965 hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter, weitere 721 Berufssoldaten und Unteroffiziere bewachten die Objekte entlang der Küste. Insgesamt beschäftigte die Bezirksverwaltung demnach 3 686 Hauptamtliche. Nach einer Aufstellung des BStU von 1995 hatten die Bezirksverwaltung und die Kreisdienststellen im Bezirk Rostock insgesamt 3 827 Mitarbeiter und so noch rund 200 mehr als bei Ammer angeführt [Nach: Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden. MfS-Handbuch). Berlin 1995, S. 100 f.] Lediglich die BV in Potsdam beschäftigte laut Gieseke mit 3 926 Hauptamtlichen noch mehr Mitarbeiter: Rostock wäre so die am zweitstärksten besetzte Bezirksverwaltung des MfS gewesen. Im benachbarten Bezirk Neubrandenburg gab es hingegen nur knapp zweitausend Angestellte. Im hohen Mitarbeiterstand schlug sich so auch die Bedeutung, die dem Bezirk Rostock mit seinen Häfen, den Reedereien sowie den Urlaubern zukam, nieder. Zugleich zeichnete die Rostocker Verwaltung für die bundesdeutschen »Operationsgebiete« Hamburg und Norddeutschland federführend verantwortlich. Die Stasi im Ostseebereich arbeitete zu jenem Zeitpunkt mit 9 263 »aktiven inoffiziellen Quellen« zusammen, sprich betrachtete diese Menschen als »Inoffizielle Mitarbeiter« (Ammer, Thomas; Memmler, Hans-Joachim: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, S. 11).